Neuer Name verpflichtet!

Die gegenwärtige Situation fordert von der Technischen Universität die weitere Festigung der Republik

Zu den guten Traditionen unserer Hochschule gehört zweifellos die Tatsache, bei besonderen Anlässen oder historischen Gedenktagen eine breite Verpflichtungsbewegung zu entfalten. Kein Wunder also, wenn gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da unserer Hochschule der Status einer Universität verliehen wird und außerdem der 12. Jahrestag unserer Republik vor der Tür steht, die Haltung unserer Wissenschaftler und aller Hochschulangehörigen durch gute Taten zum Ausdruck kommt. Gerade darin zeigt sich das enge Vertrauensverhältnis unserer Intelligenz zum ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat. Wir können mit Stolz sagen, daß unsere Wissenschaftler in keiner Weise den Werktätigen in der Produktion nachstehen; im Gegenteil, sie schaffen durch ihr ständiges Bemühen um die Verbesserung in Lehre und Forschung eine sichere Grundlage für eine schnelle Entwicklung der Produktion, was wiederum die Steigerung der Arbeitsproduktivität günstig beeinflußt. Das Ansehen unserer Deutschen Demokratischen Republik im Weltmaßstab ist nicht zuletzt auch das Verdienst unserer Wissenschaftler.

In welchem Maße das Ansehen unserer Republik gewachsen ist, beweist eine Erklärung, die der Exekutivrat der Weltföderation der Wissenschaftler anläßlich einer Tagung in Genf im Namen von 200 000 Wissenschaftlern aus 21 Nationen veröffentlicht hat. Darin wird die Notwendigkeit des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages, der Anerkennung beider deutscher Staaten und der Schaffung einer neutralen Freien Stadt Westberlin ausgesprochen.

Besonderen Anteil hat unsere Hochschule an der Beseitigung der Störanfälligkeit unserer Wirtschaft. Unsere Institute werden in zehn sozialistischen Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten, um die Industrie des Bezirkes Dresden von Westimporten freizumachen.

In einem Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, schreibt Herr Professor Dr.-Ing. Hildebrand, Direktor des Instituts für elektrischen und mechanischen Feingerätebau: „Es ist für jedes verantwortungsbewußte Mitglied unserer Gesellschaft besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt eine selbstverständliche und patriotische Pflicht, den wirtschaftlichen Aufschwung unserer Republik mehr denn je nach besten Kräften zu unterstützen, um unsere Republik für den Abschluß eines Friedensvertrages noch in diesem Jahr zu stärken.

Wir Mitarbeiter des Instituts für elektrischen und mechanischen Feingerätebau an der Technischen Hochschule Dresden sehen uns aus diesem Grunde veranlaßt, die Kollegen des Sektors der technisch-wissenschaftlichen Institute aufzurufen, im Sinne des Produktionsaufgebotes der Werktätigen des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg zu erhöhter Forschungstätigkeit aufzufordern:

Stellen wir neben das Produktionsaufgebot das wissenschaftlich-technische Aufgebot

Wir haben erkannt, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt unsere Forschung vor allen Dingen den Bestrebungen unserer Wirtschaft nach Unabhängigkeit von kapitalistischen Störversuchen dienen muß."

Ferner heißt es in dem Brief: „Am Institut wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentralinstitut für Lehrmittel und dem Allgemeinen Deutschen Blindenverband eine neue Punktschriftmaschine für Blinde entwickelt und gebaut, die erstmalig wahlweise zur Bogen- oder zur Bandbeschriftung verwendet werden kann und noch viele andere Vorzüge gegenüber früheren Modellen aufweist. Damit ist in der DDR ein modernes Blindenhilfsmittel geschaffen worden, das bereits auf internationaler Ebene gewürdigt wurde. Die Maschine wird **sich zu einem begehrten Exportartikel** entwickeln und damit in aller Welt einen eindeutigen Beweis für das soziale Bemühen und die Sorge um den Menschen in unserer Gesellschaftsordnung ablegen."

Wir können sagen, daß

an allen Fakultäten große Anstrengungen

unternommen werden, um unsere Wirtschaft störfrei zu machen.

So hat Herr Professor Dr.-Ing. Weinreich, der erst im vergangenen Jahr aus Westdeutschland zu uns gekommen ist, es übernommen, für das Chemiewerk Coswig eine Spezialmühle zur Aktivierung von Schwefelkiesabbrand zu konstruieren und ihren Bau zu überwachen. Damit ist die Einsparung eines Importbetrages von etwa 50 000 D-Mark möglich.

Herr Professor Dr.-Ing. habil. Lichtenheldt, der Direktor unseres Instituts für Getriebelehre, Feinmechanik und Textilmaschinen, hat seiner Verpflichtung entsprechend ein neues Lehrbuch „Konstruktionslehre der Getriebe" geschrieben, das an die Stelle der entsprechenden aus Westdeutschland bezogenen Bücher tritt und dessen Erscheinen deshalb besonders bedeutungsvoll ist, weil bisher je Studienjahr etwa 800 Exemplare Westbücher in diesem Bereiche bezogen werden mußten.

Das Institut für Allgemeine Elektrotechnik unter Leitung von Professor Dr. G. Mierdel steht in enger Verbindung mit dem Institut für Halbleitertechnik in Teltow. Das Ziel dieser Zusammenarbeit ist, die Bauelemente der Halbleitertechnik, insbesondere Transistoren und Dioden, so zu verbessern, daß Importe aus Westdeutschland fortfallen können.

Alle diese hervorragenden Beispiele, die nur einen kleinen Teil der vielen Verpflichtungen darstellen, geben uns die Zuversicht für eine gesicherte Zukunft. Die Technische Universität Dresden wird der Tradition der Technischen Hochschule Dresden folgen und alle ihre Kräfte einsetzen, um die DDR, die wahre Heimat unserer Wissenschaftler, zu stärken, damit sie ein Vorbild für ganz Deutschland und die Welt wird, wie Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler gemeinsam ein neues glückliches Leben bauen. bk

Verteidigungsgesetz sichert den Frieden

Am 20. September 1961 verabschiedete unsere Volkskammer das Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik. In der Präambel zu diesem Gesetz heißt es u. a.: „Angesichts der verstärkten Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen sind die Bürger der DDR gewillt und entschlossen, entsprechend der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus gemeinsam mit den Völkern des sozialistischen Weltsystems und allen friedliebenden Menschen den Frieden in Europa zu verteidigen und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues in der DDR zu sichern."

Wir baten

Herrn Dr. rer. techn. Thürmer, Leiter der Außenstelle Dresden der HA Fern- und Abendstudium

der selbst Mitglied der Volkskammer ist, um seine persönliche Meinung zum Verteidigungsgesetz. Herr Dr. Thürmer schrieb uns:

„Die Annahme des Gesetzes zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Volkskammer und seine Durchführung bedeuten eine verstärkte Sicherung des Friedens, da dieses Gesetz der Welt klar zeigt, daß wir zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten bereit und fähig sind, jeden Angriff auf uns abzuwehren. Dadurch werden auch die vielen Millionen Menschen, die in kapitalistischen Staaten leben und sich gegen eine Politik der Kriegsdrohung wenden, bei der Erfüllung ihrer schweren Aufgabe unterstützt.

Den Pessimisten, die meinen, es wird ja doch zu einem Kriege kommen, müssen wir immer wieder sagen und beweisen, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden maßgeblich von uns allen abhängt.

Wir sollten nicht nur fürchten oder hoffen, sondern müssen auch unter Opferung eigener Bequemlichkeit und unter Zurückstellung mancher persönlicher Wünsche für die Erhaltung des Friedens mit der Tat eintreten.

Aus der Geschichte haben wir die Lehren gezogen:

Jeder Staat, der unvorbereitet einer militaristischen Aggression gegenübersteht, wird vergewaltigt und sein Volk in schwerstes Unglück gestürzt. Deshalb wird den kriegslüsternen Machthabern in der Welt durch gemeinsame Anstrengungen aller friedliebenden Kräfte, die Achtung vor der Menschenwürde und dem Leben haben, ein unübersteigbarer Schutzwall entgegengestellt."

Herr Professor Dr.-Ing. habil. Landsberg, Direktor des Instituts für Reine Mathematik

unterstreicht die Notwendigkeit des Verteidigungsgesetzes der DDR mit folgenden Worten:

„In der augenblicklichen Situation sind pazifistische Erwägungen nicht am Platze; eine militärische Sicherung des Friedens ist unbedingt erforderlich. Die Organisierung der Landesverteidigung ist Bestandteil jeder nationalen Selbstbestimmung und die im Gesetz zur Verteidigung der DDR formulierten Anordnungen entsprechen dem fundamentalsten Recht, das jeder souveräne Staat für sich in Anspruch nimmt. Ich begrüße besonders die Ausführungen von Minister Hoffmann, wonach es gerade auf der Grundlage dieses Gesetzes weiterhin das Ziel unserer Politik ist, alle Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen und mit den neuen Maßnahmen, insbesondere der Sache der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einer friedlichen Koexistenz unter den Völkern und einer dauernden Erhaltung des Friedens zu dienen. Ein Friedensvertrag mit Deutschland und die Lösung des Westberlinproblems ist eine Kardinalfrage für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt, die schnellstens gelöst werden muß. Mit unserer ganzen Kraft und Arbeit müssen wir mit dazu beitragen, daß die Mächte des Friedens die Kräfte des Krieges besiegen."

Die Jugendfreunde Erhard Rentzsch, Hans-Joachim Schlaack und Jochen Scheiz hatten vor ihrem Eintritt in die NVA noch ein zwangloses Gespräch mit Angehörigen der Militärakademie. – Ob sie während ihrer zweijährigen Dienstzeit mehrmals Urlaub erhalten – ob man ihre persönlichen fachlichen Spezialkenntnisse während der Ausbildungszeit berücksichtigen wird und so weiter und so fort. Auf die vielen Fragen gingen die Genossen von der Armee freundlich und kameradschaftlich ein, wie wir das auch auf dem Bilde feststellen können. – Inzwischen haben 36 Jugendfreunde von der ABF den Studienplatz mit dem Dienst in der Nationalen Volksarmee vertauscht. Unter ihnen befindet sich auch der Jugendfreund Joachim Becher, der sich von uns mit folgendem Bekenntnis verabschiedete:

„Erst Frieden sichern – dann studieren!"

Dem Kampfaufruf unseres Jugendverbandes folgend, werde ich gemeinsam mit anderen Jugendfreunden unserer Fakultät den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee antreten.

Bereits kurz nach Beginn des neuen, für mich ersten Studienjahres wurde bei uns der Kampfappell der FDJ durchgeführt. Einmütig erklärten sich die Jugendfreunde bereit, unseren ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat mit der Waffe zu verteidigen. Wir waren uns bei der Abgabe der Bereitschaftserklärung über den Ernst der Lage vollkommen bewußt. Der 13. August brachte vor allem für Deutschland eine neue Situation. Den Bonner Militaristen und Revanchisten mit ihren Blitzkriegsplänen wurde Einhalt geboten. Unsere Regierung rettete damit den Frieden in Deutschland. Aber wenn die Leute wie Strauß, Adenauer, Heusinger und Speidel, die von ihrem Größenwahn noch immer nicht geheilt sind, eines Tages versuchen sollten, ihre selbstmörderischen Kriegspläne zu verwirklichen, dann steht ihnen der Frieden bewaffnet gegenüber und wird die Kriegstreiber vernichtend schlagen!

Deshalb werden wir den Kampfauftrag der FDJ in allen Teilen erfüllen; deshalb erließ auch unsere höchste Volksvertretung, die Volkskammer, das Gesetz zur Verteidigung unserer Republik; deshalb werden auch wir ab 27. September 1961 in den Reihen der NVA unsere Heimat schützen. Im Vertrauen und in Treue zu Walter Ulbricht und unserem Staat werden wir diese Aufgaben vorbildlich erfüllen und können danach unser Studium im Frieden und mit noch größerem Elan fortsetzen.

Joachim Becher

Im Sinne der Arbeiter des VEB Elektrokohle

Große Verpflichtungsbewegung im Institut für Fernmeldetechnik im Rahmen des Produktionsaufgebotes

Die großen politischen Ereignisse der letzten Zeit haben auch in unserem Institut zu Diskussionen und Auseinandersetzungen geführt. Es ist klar, daß man es jetzt nicht mehr bei Zustimmungserklärungen belassen kann. Dies einmal erkannt, führt zu der Frage: Was können wir tun? Entsprechend dem Beispiel der Arbeiter mit ihren Produktionsaufgeboten haben wir uns Gedanken gemacht, welche Beiträge wir zur ökonomischen Stärkung der DDR liefern können. Auf unsere Hauptaufgabe übertragen heißt das, alle Möglichkeiten zu untersuchen und Schritte zu unternehmen, die Ausbildung und Erziehung unserer Studenten auch von seiten des Instituts entscheidend zu verbessern.

Betreuerassistenten haben große Verantwortung

Um dem dringenden Bedarf der Industrie nach wissenschaftlichen Kadern Rechnung zu tragen, müssen alle Maßnahmen darauf gerichtet sein, den termingerechten Abschluß des Studiums zu gewährleisten, ohne Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Qualifikation. Der Betreuerassistent muß deshalb wesentlich stärker als bisher bemüht sein, den Kontakt zwischen Student und Institut während des ganzen Studiums aufrechtzuerhalten. Die Kontaktaufnahme mit dem 2. Semester in Form einer Institutsführung und Fachvorträgen, wie sie erstmalig in diesem Jahre durchgeführt wurden, soll deshalb zu einer festen Einrichtung werden, um die Studenten mit den Aufgabenkomplexen, die sie später als Diplomingenieure erwarten, bekanntzumachen und in ihnen bereits frühzeitig ihr persönliches Interesse an ihren Aufgaben zu wecken. Die Erfahrungen der Betreuerassistenten werden in den Assistentenbesprechungen in fachlich-pädagogischer Richtung ausgewertet. Zur konkreten Verbesserung der Oberstufenausbildung hat sich Herr Prof. Dr. phil. Freitag bereit erklärt, trotz seiner zahllosen Verpflichtungen schon im Frühjahrssemester 1962 eine Vorlesung über moderne Grundschaltungen der elektronischen Vermittlungstechnik mit in sein Vorlesungsprogramm aufzunehmen. Um den Studenten bereits in der Ausbildung besser mit den Problemen der Industrie vertraut zu machen, wurden in sehr kurzer Zeit die praktischen Übungen für Fernmeldetechniker nach modernen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der derzeitigen Probleme der Industrie völlig neu überarbeitet und erweitert.

Der Industrie unsere Hilfe

Zu der allseitigen Ausbildung der Studenten will auch die sozialistische Arbeitsgemeinschaft in unserer Werkstatt mit beitragen. Erfahrene Fachleute werden den Diplomanden in einem Kurzlehrgang praktische Hinweise vermitteln, die beim ordnungsgemäßen Aufbau von Versuchseinrichtungen und kompletten Anlagen unbedingt beachtet werden müssen und ein unfallfreies Arbeiten gewährleisten.

Neben dieser wichtigen Aufgabe besteht für uns als Institut auch die der Unterstützung unserer Industrie. Unter anderem hat das Institut folgende Verpflichtungen übernommen:

Für die Entwicklungs- und Versuchsstelle des Sicherungs- und Fernmeldewesens der Deutschen Reichsbahn werden im Institut spezielle Einrichtungen für die automatische Streckenblockierung bis Ende des Jahres entwickelt. Bisher mußten für diesen Zweck durch kostspielige Umbauten die Schienenstöße isoliert werden. Jetzt soll die Trennung der Blockabschnitte auf rein elektrischem Wege durch Einschaltung von Netzwerken in das vorhandene Gleissystem ohne größere Umbauten vorgenommen werden.

Für das Funkwerk Leipzig werden bis Ende des Studienjahres im Rahmen von Diplomarbeiten Entwicklungsaufgaben durchgeführt, mit deren Hilfe das dort gefertigte Pegelbildgerät auf moderne Halbleiter-Bauelemente umgestellt wird.

Bis zum März kommenden Jahres werden im Institut Untersuchungen zur Verbesserung der Nachbildung in Fernsprecheinrichtungen für die Deutsche Post durchgeführt, die besonders im Fernverkehr eine wesentliche Qualitätsverbesserung bringen werden.

Spezialgerätekatalog bringt erhebliche Einsparung

Welche Beiträge unser Institut zur Störfreimachung unserer Wirtschaft leisten kann, sei nur an einer Verpflichtung gezeigt. So haben sich Kollegen bereit erklärt, die Reparatur eines Kay-Sonagrafen des Instituts für Phonetik der Humboldt-Universität Berlin zu übernehmen, wodurch mehrere tausend Westmark eingespart werden können. In diesem Zusammenhang werden von seiten der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Schritte unternommen, die Aufstellung eines Spezialgeräte-Kataloges im Hochschulmaßstab zu unterstützen, der zweifellos wesentliche Vorteile beim rationellen Einsatz von wertvollen Geräten ermöglicht. Wir möchten auch die Kollegen anderer Institute aufrufen, die Aufstellung des Kataloges zu unterstützen, damit dieser bald zu einem brauchbaren Instrument wird.

Diese wenigen Beispiele sollen zeigen, daß es auch uns als Hochschulinstitut möglich ist, wesentliche Beiträge zum Produktionsaufgebot zu leisten und soll unsere Antwort auf den Aufruf der Brigade des VEB Elektrokohle in Berlin sein. So wollen wir als Hochschulinstitut bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mithelfen.

Dr.-Ing. Tscheschner, Oberassistent
Dipl.-Ing. Wobus, Vertrauensmann der Gewerkschaftsgruppe Fernmeldetechnik

Wir unterhielten uns auch mit Kollegen der Werkstatt im Institut für Fernmeldetechnik und erfuhren von ihnen – die ja einen wesentlichen Anteil bei der Verwirklichung dieser Aufgaben haben –, daß inzwischen ein aufgeschlüsseltes Arbeitsprogramm vorliegt. Sie werden in einer unserer nächsten Ausgaben selbst dazu Einzelheiten darlegen.

Welche Ergebnisse liegen an den anderen Instituten vor?

Bestimmt gibt es auch dort gute Beispiele, wie man das Produktionsaufgebot sinngemäß auf die Arbeit an unserer Hochschule anwenden kann.

UNSER FEUILLETON: Auf Kihn und auf (Stachel-) Draht

Niemand könne abseits stehen, wenn es um die „gesamtdeutsche politische Bildungsarbeit" geht, meinte der Rektor der Hamburger Universität, Prof. D. Dr. Thielicke. Das meldete das „Hamburger Abendblatt" am 29. August. In der gleichen Zeitung las man es am 6. September wie folgt: „Hamburgs Studenten brechen mit ihren Kommilitonen in der mecklenburgischen Stadt Rostock. Der allgemeine Studentenausschuß hat beschlossen, wegen der angespannten politischen Lage die Beziehungen zu der Zonenuniversität einzustellen."

Beide Meldungen entbehren nicht des inneren logischen Zusammenhangs. Besonders beglückend dürfte ihn Magnifizenz Thielicke empfinden, erklärte er doch auf dem letzten „Evangelischen Kirchentag" in Westberlin, es wäre mit dem christlichen Gewissen nicht zu vereinbaren, die Verurteilung Eichmanns zu fordern. Herr Thielicke dürfte nach dem genannten Beschluß des ASTA außerordentlich günstige Bedingungen für eine seiner Qualifikation entsprechenden „gesamtdeutschen Bildungsarbeit" vorfinden.

Auch in Erlangen dachte man über unsere bewegte Zeit nach und startete sogar eine Aktion. Sie trug, wie uns die „Süddeutsche Zeitung" vom 29. August verriet, den Titel „Befreit die Welt vom Stacheldraht!" und wurde ebenfalls vom Allgemeinen Studentenausschuß getragen. Nun wissen wir ja den universalen Weitblick der Erlanger durchaus zu schätzen, können uns aber trotzdem nicht ganz des Eindrucks erwehren, daß sie sich notfalls schon mit Teilerfolgen, zum Beispiel der Entfernung des Stacheldrahtes Berlin, begnügen würden.

Wie berechtigt diese Forderung jedoch grundsätzlich ist, zeigt ein Ereignis, das sich an der gleichen Universität ereignete und uns durch die von Stacheldraht gänzlich freie „Welt" am 7. September übermittelt wurde. Der Erlanger Honorarprofessor Dr. Kihn wurde vorläufig seines Amtes enthoben. Kihn ist Psychiater und dringend verdächtigt, an den faschistischen Euthanasieaktionen mitgewirkt zu haben. Er „soll während der Hitler-Zeit Mitglied einer Gutachtergruppe gewesen sein, die Personen zur Tötung auswählte".

Daß die Welt keinen Stacheldraht braucht, ist schließlich genau so verständlich wie die Tatsache, daß Herr Thielicke den Herrn Kihn moralisch verurteilen wird. Es ist genauso erwiesen, wie der Umstand, daß man zur „gesamtdeutschen Bildungsarbeit" keinen Gesprächspartner, sondern neben dem bewährten Mundwerk des Herrn Thielicke nur noch ein paar Atomvisionen benötigt. Schließlich ergibt sich die Notwendigkeit, die Welt vom Stacheldraht zu befreien, in der Konsequenz auch daraus, daß die bayrische Polizei denselben nicht zu benutzen scheint. Im Fall des Herrn Kihn verzichtete sie sogar auf die schwedischen Gardinen: Er befindet sich immer noch auf freiem Fuß. **Hans-Joachim Braun**

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden http://digital.slub-dresden.de/id250664135-19610000/2